

STELLUNGSNAHME JETZT

10 Forderungen für Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit in Österreich

1. Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Organisationen als „**fünfte Säule der Demokratie**“ und Verbesserung der Datenbasis über den Sektor.

Ja. Ich unterstütze dieses Anliegen. Weltweit nimmt der Druck auf liberale und freie Demokratien zu. Eine starke und aktive Zivilgesellschaft ist unbedingt notwendig, um diesem Druck standzuhalten. Ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie.

2. **Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements** und Verbesserung der diesbezüglichen ökonomischen Rahmenbedingungen.

Ja. Wir müssen die ökonomischen Rahmenbedingungen endlich verbessern. Vom Verdienstentgang bis zur Fragen der Versicherung und der Entschädigung kleiner Unternehmen: Diese Anliegen liegen am Tisch und müssen endlich in Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisation vernünftig geklärt werden.

3. Aktiver Dialog und **respektvoller Umgang mit Nichtregierungsorganisationen in der politischen Debatte** sowie Dialog auf Augenhöhe.

Ja. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Ohne NGOs wäre unsere Arbeit in vielen Bereichen viel schwerer.

NGOs leisten sehr nützliche Arbeit und sind mit ihrem Know-How für viele politische Entscheidungsträger wichtige Kooperationspartner. Leider sehen wir, dass NGOs immer mehr ins Visier von rechten Parteien und Rechtspopulisten geraten. Selbst Sebastian Kurz bezeichnete die renommierte NGO „Ärzte ohne Grenzen“ im Oktober 2018 als Schleppergehilfe. Solchen Entwicklungen müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

4. **Garantie der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit** sowie des Vereins- und Demonstrationsrechts.

Auch da: selbstverständlich, obwohl das in Zeiten der beginnenden Orbanisierung auch unseres Landes nicht mehr selbstverständlich scheint.

5. **Erhalt der Finanzierungsmöglichkeiten** zivilgesellschaftlicher Organisationen. Fundraisingbedingungen und Gemeinnützigkeitsbestimmung bleiben gewahrt. Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf Tierschutzorganisationen.

Tierschutz ist für uns ein zentrales Thema. Die Ausweitung auf den Tierschutz ist daher besonders wichtig.

6. **Stärkung der Mitwirkungsrechte bzw. Parteienstellung** von bürger- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einschlägigen Verfahren wie etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie in Kommissionen oder Beiräten.

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen in einschlägigen Verfahren wie zum Beispiel Umweltverträglichkeitsprüfungen wird von uns vehement gefordert. Nicht zuletzt wurde durch die UVP-Novelle der ÖVP-FPÖ Regierung das Mitspracherecht von NGOs in UVP-Verfahren stark eingeschränkt.

7. **Geordnete und faire parlamentarische Abläufe** wie etwa ausreichende Begutachtungsfristen bei Gesetzen und somit Einbeziehung der Kompetenzen der BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem jeweiligen Bereich.

Wir fordern zusätzlich eine gesetzliche Regelung, dass Regierungsvorlagen verpflichtenden an die jeweils betroffenen NGOs zur Begutachtung vorgelegt werden müssen.

8. **Stärkung des Datenschutzes und der Privatsphäre**, Evaluierung und Rückbau überbordender Überwachungsmaßnahmen von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im öffentlichen Raum sowie im Internet, wie etwa Bundestrojaner oder Vorratsdatenspeicherung.

Der Überwachungsstaat ist der gefährlichste Feind unserer offenen Gesellschaft – und damit auch vieler NGOs. Wir sprechen uns klar gegen die Vorratsdatenspeicherung und den Bundestrojaner aus und fordern eine verstärkte parlamentarische Kontrolle von staatlichen Überwachungsmaßnahmen.

9. **Abschaffung des Amtsgeheimnisses und Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes** gemäß internationaler Standards, etwa mit einem Grundrecht auf Zugang zu Information und Dokumenten staatlicher Stellen sowie einer umfassenden Informationspflicht der Behörden).

Das Informationsfreiheitsgesetz war eine unserer zentralen Initiativen im letzten Nationalrat. Derzeit scheitert es vor allem an der ÖVP. Wir setzen uns für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses ein.

10. **Maßnahmen zur Stärkung der unabhängigen Medienlandschaft und wissenschaftlicher Institutionen.** Der Zugang zu wissenschaftlich fundierter Information und der Verbreitung durch unabhängige Medien ist Grundlage für eine informierte öffentliche Debatte.

Die Orbanisierung der österreichischen Medienlandschaft hat bereits begonnen: Durch „Investoren“ wie Raiffeisen und Benko ist die Unabhängigkeit der Medien ebenso in Gefahr wie die Unabhängigkeit des ORF durch ÖVP und FPÖ bedroht ist.